Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mk.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 21. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 15 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 2 — Donnerstag, den 5. Januar 1928 — 41. Jahrgang

Der Heliograph von Ensisheim.

Seit dem Weihnachtsabend wird die Welt von den französischen Nachrichtenagenturen mit Nachrichten über Elsaß-Lothringen überschwemmt, welche die Ruhe der Völker vulkanisch erschüttern müßten, wenn sie wahr wären. In der Tat sind einige ausländische Zeitungen schon so weit gegangen, daß sie von einer ernsten und in den Folgen unabsehbaren Zuspitzung des deutsch-französischen Verhältnisses phantasieren. Die französischen Nachrichtenstellen haben nämlich behauptet, daß die politische Polizei bei den am Weihnachtsabend vorgenommenen Haussuchungen in den Wohnungen der elsaß-lothringischen Heimatbündler einer breitverzweigten Verschwörung gegen die Sicherheit des Staatsbestandes Frankreichs auf die Spur gekommen sei. Man habe Beweise gefunden, daß die elsaß-lothringische Heimatbewegung vom Deutschen Reiche bezahlt und angestiftet worden sei, man habe einen Aufmarschplan für ein bewaffnetes Losschlagen der Junaheimatbündler beschlagnahmt, und zwar hätte der Aufruhr gemeinsam mit den Kommunisten angezettelt werden sollen. Und man habe schließlich in der Kirche oder im Pfarrhaus von Ensisheim die Bewaffnung für 300 Heimatbündler, Gewehre und Patronen und einen Heliographen entdeckt.

Die letzte Nachricht klang besonders gruselig, weil sich nur wenige Leser eine Vorstellung machen können, was für ein furchtbares Ding das sei, ein Heliograph. Durch die gesamte Weltpresse spukt dieser Heliograph von Ensisheim. Die ganzen Geschichten, mit denen man den Erdkreis in Aufregung zu setzen versucht hat, sind aber glatter Schwindel. Es gibt kein anderes Wort dafür, auch wenn amtliche französische Stellen die Urheber und Verbreiter sind. Richtig ist nur, daß ausgerechnet am heiligen Abend ein gewaltiges Aufgebot von Gendarmen und Geheimpolizisten aus Innerfrankreich in Elsaß-Lothringen eingerückt ist und gleichzeitig an neunzig Stellen — wenn diese französische Zahlenangabe richtig ist — Haussuchungen abgehalten hat. Man drang in protestantische und katholische Pfarrhäuser, in Schulgebäude und Kirchen, in Geschäftsräume und Bürgerwohnungen und beschlagnahmte alles, was man an Schriftstücken und Geld vorfand. Schriftstücke fand man ziemlich viel, weil man sich in Elsaß-Lothringen nach deutscher Sitte gegenseitig Weihnachtsgrüße zuzuschicken pflegt, Geld dagegen war nur wenig greifbar, weil solches in mittelständischen Haushalten und bei Arbeitern nach den Weihnachtseinkäufen ein rarer Artikel geworden ist. Man fand weder die erwarteten Millionen aus dem Deutschen Reiche noch irgendeinen Anhalt für die gar nicht bestehenden Verbindungen zwischen den Autonomisten und deutschen „Verbänden" oder Regierungsstellen.

Man fand auch keinen Aufmarschplan. Sondern das, was die französischen Nachrichtenzentralen zu einem solchen umfälschen möchten, ist ein gedrucktes, längst in den Zeitungen veröffentlichtes Statut des Saalschutzes der Heimatbündler. Nachdem diese vor einem Jahre, bei einem Kongreß in Kolmar, von organisierten Banden der französischen „Camelots du Roi", die man zu diesem Zweck in einem Extrazug nach Kolmar geführt hatte, auf den Straßen überfallen und blutig mißhandelt worden waren, ohne daß die Polizei sie hätte schützen können, haben sie durch öffentlichen Aufruf einen Selbstschutz gebildet, und seither sind ihre Versammlungen nicht mehr von gedungenen Leuten gestört worden.

Aber die Waffen! Der Heliograph! Mit den Waffen verhält es sich so: Im Katholischen Vereinshaus zu Ensisheim fand die französische politische Polizei dank ihrem ungeheuren Scharfsinn drei Theatergewehre, welche einer Kolmarer Kostümverleihanstalt gehören und vom St. Aloysius-Jünglingsverein bei einer Bühnenaufführung verwendet wurden. Mit etwas weniger Scharfsinn hätte die Polizei sich diese drei Gewehre jeden Sonntag bei den Nachmittagsvorstellungen ansehen können, ohne eine nächtliche Haussuchung abzuhalten. Da der Fund von drei Spielzeugflinten denn doch zu blamabel war, so wurden zwei Nullen angehängt und 300 richtige Gewehre daraus gemacht, aus dem Katholischen Vereinshaus wurde die Kirche, und die schwärzeste Verschwörung war aufs schönste vor die Augen der gläubigen Nachrichtenleser gezaubert.

Daß diese dreihundert Gewehre die Sicherheit Frankreichs bedrohten, stand aber ganz außer Zweifel, da gleichzeitig mit ihnen ein Heliograph entdeckt worden ist. Darunter werden die meisten, die sich bei dem Ausdruck etwas denken konnten, einen Lichtsignalapparat verstanden haben, und so ist der Zusammenhang klar. Die bösen Heimatbündler wollten mit diesem Heliographen zweifellos den preußischen Generalstab in Berlin davon benachrichtigen, wenn sie mit ihren dreihundert Gewehren Frankreich erobert gehabt hätten, was aber glücklicherweise durch die Wachsamkeit der französischen Polizei vereitelt worden ist. Nun bedeutet aber „héliographe" im Französischen nicht nur einen im heutigen Zeitalter der Funkentelegraphie recht veralteten Apparat für Spiegelsignale, sondern auch ganz einfach jeden Vervielfältigungsapparat für Schriftstücke, also z. B. eine Hektographenplatte. Und solch einen Vervielfältigungsapparat, mit dem der Katholische Jünglingsverein Ensisheim seine Einladungskarten herstellt, hat die französische Polizei, der eben nichts verborgen bleibt, wirklich „entdeckt" und wahrhaftig auch beschlagnahmt.

Und da man den ersten Nachrichtenbetrug trotz der Nachrichtenzensur und trotz der Postsperre, die wie in Kriegszeiten gegenwärtig über das friedliche Reichsland verhängt ist, nicht lange aufrechterhalten kann, so ist man jetzt, um der Welt eine neue Sensation zu bieten, zu Massenverhaftungen aller hervorragenden Heimatbündler geschritten. Nicht weil man etwas Belastendes gegen sie entdeckt hat, sondern im Gegenteil, gerade, weil man gar nichts gegen sie zu enthüllen vermag, werden die Männer, Geistliche beider Konfessionen, Lehrer, Handwerker, Arbeiter, Geschäftsleute, in die Gefängnisse eingesperrt, Männer, denen man nichts vorwerfen kann, als daß sie sich für den Schutz ihrer deutschen Muttersprache in Schule und Kirche und für die Erhaltung ihrer angestammten deutschen Art mit gesetzlich einwandfreien Mitteln öffentlich eingesetzt haben.

Die Franzosen haben behauptet, daß sie den Krieg gegen uns geführt hätten, um die „elsaß-lothringische Frage" zu lösen, und zwar, trotzdem die Elsaß-Lothringer wiederholt durch ihr Parlament erklärt hatten, daß es für sie keine elsaß-lothringische Frage mehr gab. Heute müssen die Franzosen selbst der Welt verkünden, daß es wieder eine elsaß-lothringische Frage gibt, eine gewaltige, alle Stände umfassende Volksbewegung, die sie nur mit Mitteln der brutalen Gewalt noch im Zaume zu halten hoffen. Das verkündet der Heliograph von Ensisheim allen Völkern, die Augen haben, zu sehen, und in diesem Sinne ist dieser legendäre Heliograph doch zur Wirklichkeit geworden und sendet Blitzsignale über den ganzen Erdball. W. S.

Deutschlands Befreiung — Europas Sicherung.

Zustimmung zu Hindenburgs Rede.

Zwei Dinge beherrschen zurzeit die öffentliche politische Aussprache in den Vereinigten Staaten — die Neujahrsansprache des deutschen Reichspräsidenten v. Hindenburg mit der Forderung auf baldige Beseitigung der Rheinlandbesetzung und die französischen Vorschläge zum Abschluß eines amerikanisch-französischen Friedenspaktes.

Zu der Rheinlandfrage nimmt die „New York World" Stellung, indem sie erklärt, die meisten Amerikaner stimmten mit Hindenburgs Forderung auf die Beseitigung der Rheinlandbesetzung überein. Es sei schwer zu erkennen, welche Gründe zugunsten einer Verlängerung der Besetzung vorgebracht werden könnten. Die Angaben der französischen Militaristen über angebliche deutsche Geheimrüstungen seien zusammengebrochen; sie hätten nur in der Einbildung dieser Kreise bestanden. Je schneller die französischen Armeen den Rhein verlassen, desto besser werde es für Europa sein.

Die französischen Staatsmänner würden gut daran tun, sich an die Fehler der amerikanischen Nordstaaten nach dem Bürgerkrieg zu erinnern. Der Süden sei bereit gewesen, die Bitterkeit des Krieges zu vergessen, dagegen nicht die Demütigung durch eine lange Besetzung. Frankreich begehe vielleicht jetzt einen ähnlichen Fehler.

*

Kein zweiseitiger Antikriegspakt.

Die Vereinigten Staaten nur für gemeinsames Vorgehen.

Aus Washington wird gemeldet, daß der geplante Antikriegspakt zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten nicht zustande kommen wird. Man erfährt von zuständiger Stelle, die amerikanische Regierung habe Frankreich davon Mitteilung gemacht, wohl bereit zu sein, mit anderen Großmächten einer gemeinsamen Antikriegserklärung beizutreten, daß sie jedoch nicht in der Lage ist, dem Briandschen Vorschlage zu folgen und einen zweiseitigen Vertrag anzunehmen.

In Senatskreisen wurde erklärt, daß es sich nicht, wie in manchen Meldungen behauptet werde, um ein amerikanisches Angebot eines Antikriegsvertrages handele, das Frankreich als unbefriedigend ablehnen könne. Das Angebot sei vielmehr von Briand gekommen und das Staatsdepartement habe nach längerem Zögern seinen guten Willen dadurch bekundet, daß es einen Entwurf formulierte, der das darstelle, was die Vereinigten Staaten zugestehen könnten. Wenn Frankreich das nicht genüge, so sei es jedenfalls dem amerikanischen Senat ebenso recht, wenn kein Vertrag geschlossen würde, denn die Vereinigten Staaten gewännen nichts durch solche Verträge, sondern legten sich vielmehr lediglich Bindungen auf, deren Tragweite größer sein könnte, als jetzt vorauszusehen sei. Von einem besonderen Freundschaftsvertrag mit Frankreich könne keine Rede sein. Die amerikanische Regierung wäre der Ansicht, daß eine Erklärung gemeinsam besonders von den Vereinigten Staaten, England, Frankreich, Deutschland, Italien und Japan abgegeben werden sollte.

Englische Unterseeboote mit Flugzeugen.

Gelüftetes Geheimnis.

Die britische Admiralität ist in einer gewissen Aufregung. Durch eine Veröffentlichung in der „London Gazette", nach der Piloten und Offizieren, die auf Unterseebooten, die mit Flugzeugen ausgestattet sind, Dienst tun, eine besondere Zulage gezahlt werden soll, ist das bisher sorgfältig gehütete Geheimnis der Admiralität preisgegeben worden, daß englische Unterseeboote mit Wasserflugzeugen ausgestattet worden sind. Diese Ankündigung hat in der englischen Öffentlichkeit lebhafte Beachtung gefunden und zu ausgedehnter Erörterung Anlaß gegeben. Die Admiralität hat es jedoch abgelehnt, irgendwelche Erklärungen hierüber abzugeben oder Einzelheiten zu veröffentlichen.

Oesterreichisch-ungarischer Zwischenfall.

Ungarn führt Maschinengewehre ein.

Am Neujahrstage ereignete sich an der Grenzstation Szent-Gotthard, der auf ungarischem Gebiet gelegenen Zollstation an der steirisch-ungarischen Grenze, ein Zwischenfall, der großes Aufsehen hervorgerufen hat.

Mit einem Güterzuge aus Verona waren fünf Waggons eingetroffen, deren Ladung als „Maschinenbestandteile" deklariert war. Die Waggons enthielten aber, wie es sich herausstellte, zerlegte Maschinengewehre. Die österreichischen Zollbehörden verlangten nun, daß die Waggons nicht weitergeschoben würden. Trotzdem schoben die ungarischen Bahnbehörden unter militärischer Bewachung die fünf Waggons mit den Maschinengewehren weiter und traten den österreichischen Zollbeamten, die sie daran hindern wollten, mit Waffengewalt entgegen. Die österreichische Zollbehörde hat nach dem Vorfall Szent-Gotthard verlassen, so daß die Züge seitdem nicht mehr abgefertigt wurden.

Eine Schlacht in Nikaragua.

Mit Truppen der Vereinigten Staaten.

Die ewigen Umtriebe in der mittelamerikanischen Republik Nikaragua, bei denen die benachbarten Vereinigten Staaten sich einmischen zu müssen geglaubt, haben abermals zu einem blutigen Zusammenstoß geführt.

Der Parteigänger des liberalen Präsidentschaftskandidaten Sacaza, der General Sandino, der das mit dem konservativen, von den Amerikanern unterstützten Präsidenten Diaz getroffene Abkommen vom Sommer 1927 nicht anerkannt hat und seitdem gegen die Regierung und das amerikanische Landungskorps einen Guerillakrieg führt, wurde von den Amerikanern angegriffen. Bei ihrem Vormarsch gerieten die Amerikaner in einen Hinterhalt und mußten sich zurückziehen. Als jedoch die Streitkräfte Sandinos im Laufe der Verfolgung in freies Gelände gelangten, machte sich die Überlegenheit der Amerikaner langsam bemerkbar, obwohl Sandino über Flugzeuge, Artillerie und Maschinengewehre verfügte. Besonders Fliegerangriffe der Amerikaner erschütterten die Truppen Sandinos. Am Sonntag gelang es den Amerikanern, die Sandino-Truppen zurückzuwerfen und den Angriff auf das Standquartier Sandinos, das befestigte Quilali, erfolgreich durchzuführen.

In dem amerikanischen Bericht werden die eigenen Verluste überraschenderweise nur auf fünf Tote und 23 Verwundete beziffert. Sandinos Verluste sind unbekannt, da Tote und Verwundete beim Rückzug mitgenommen wurden. Schon aus dieser Tatsache geht hervor, daß der amerikanische Erfolg nicht allzu groß sein kann. Während des Kampfes wurde ein zusammengestelltes Bataillon von amerikanischen Marinesoldaten und nikaraguanischer Nationalgarde von den Rebellen gefangengenommen. Die Regierung von Nikaragua glaubt, daß ausländische Offiziere die Rebellen ausbilden. In den nächsten Tagen werden 150 Marinesoldaten zur Verstärkung der amerikanischen Streitkräfte in Nikaragua entsandt werden.

Komödie um Maschinengewehre.

Wem gehört die Waffensendung?

Der Zwischenfall an der österreichisch-ungarischen Grenze, wo fünf aus Italien kommende Waggons mit falsch deklarierten Maschinengewehren gewaltsam von ungarischen Zollbeamten von österreichischem auf ungarisches Gebiet geschoben wurden, wächst sich zu einer politischen Komödie aus. Die österreichische Regierung gibt jetzt eine längere Darstellung des Falles, der zu entnehmen ist, daß in den Frachtbriefen als Aufgabestation Verona, als Bestimmungsort Slovensko Novemesto in der Tschechoslowakei angegeben war. Nach Ankunft des Zuges seien Stichproben unternommen worden, bei denen festgestellt wurde, daß die Maschinengewehrteile falsch deklariert waren. Da der nach den österreichischen Vorschriften für Durchfuhr von Kriegsmaterial erforderliche Waffenbegleitschein fehlte, wurde der Bundesbahnvertreter von den österreichischen Zollbeamten ersucht, den Rücktransport der Waggons auf österreichisches Gebiet zu veranlassen. Ein in dieser Richtung unternommener Schritt des österreichischen Bundesbahnvertreters beim ungarischen Bahnhofsvorstand blieb ergebnislos. Die ungarischen Behörde vertraten hierbei den Standpunkt, daß den österreichischen Zollorganen ein Recht auf Zurückhaltung der Ware nicht mehr zustehe, da sie sich bereits auf ungarischem Boden befinde.

Obgleich auch die ungarischen Behörden beteuern, mit der ganzen Angelegenheit nichts zu tun zu haben, ist man in der Tschechoslowakei auf Ungarn schlecht zu sprechen, da man dort annimmt, daß die Waffensendung für Ungarn bestimmt und die Adresse in der Tschecho-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280105-18/fragment/page=0001

slowakei nur fingiert war. Die tschechische Presse verlangt eine strenge Untersuchung der Vorgänge in Ungarn unter internationaler Mithilfe. Man müsse unbedingt feststellen, woher und von wem die Waffen nach Ungarn geliefert werden.

Nach den letzten Meldungen soll festgestellt worden sein, daß die Maschinengewehre für Polen bestimmt gewesen sein sollen. Jetzt wird sich wohl auch Warschau noch in den Streit der Meinungen mischen.

Der Eid der Reichswehr.

Verordnung des Wehrministers.

Zum Jahresbeginn hat Reichswehrminister Dr. Geßler eine neue Verordnung erlassen über die Vereidigung der in die Reichswehr eintretenden Personen. Für den ganzen Standort hat bei der Einstellung und Vereidigung der Mannschaften eine gemeinsame Vereidigungsparade stattzufinden. Sie ist zu bilden bei mehr als zehn Freiwilligen aus einem Offizier, mindestens drei Gruppen und der Musik, sofern solche sich bei der Truppe am Standort befindet. Bei weniger als zehn Freiwilligen haben an der Parade ein Offizier und mindestens eine Gruppe im Dienstanzug, Helm und Karabiner teilzunehmen. Die Musik spielt den Präsentiermarsch, darauf weist der leitende Offizier auf die Bedeutung des Eides sowie auf die Berufspflichten des deutschen Soldaten hin und hat dann den Mannschaften die folgende Eidesformel vorzusprechen:

„Ich schwöre Treue der Reichsverfassung und gelobe, daß ich als tapferer Soldat das Deutsche Reich und seine gesetzmäßigen Einrichtungen jederzeit schützen, dem Reichspräsidenten und meinen Vorgesetzten Gehorsam leisten will."

Die Freiwilligen haben darauf die Hand zu erheben und den Eid laut nachzusprechen. Als Abschluß bringt der kommandierende Offizier ein Hoch auf das Deutsche Reich aus und die Musik spielt anschließend das Deutschlandlied.

Ein neues Ehrenzeichen.

Verleihung durch die Handelskammer.

Vom Industrie- und Handelskammerverband Niedersachsen-Kassel ist beschlossen worden, ein tragbares Ehrenzeichen zu beschaffen, das auf der Vorderseite den Dank an den Jubilar, auf der Rückseite den Namen des Kammerverbandes enthält und dessen Verleihung zusammen mit einer von der verleihenden Kammer auszustellenden „Bestätigungsurkunde" dem Ermessen der einzelnen Mitgliedskammern überlassen bleiben soll. Das Ehrenzeichen soll als Münze, tragbar am Band in den Landesfarben, ausgeführt werden, und zwar für Arbeiter und Angestellte mit der Aufschrift „Für Treue in der Arbeit". Dieses tragbare Ehrenzeichen soll in Bronze, in Silber und in Gold hergestellt werden und im besonderen für Personen, die sich um die Wirtschaft besonders verdient gemacht haben (Wirtschaftsführer, Firmenleiter) in Gold mit der Aufschrift „Für Verdienste in Industrie und Handel". Schließlich soll es den Mitgliederkammern freigestellt werden, die Ehrenzeichen an Arbeiter und Angestellte auch unabhängig vom Dienstalter zu verleihen und die Besitzurkunde entsprechend auszufertigen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Handelsbeziehungen zu Österreich und Griechenland.

Zu den Gerüchten, daß bei den deutsch-österreichischen Handelsvertragsverhandlungen gewisse Schwierigkeiten aufgetreten seien, wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß von irgendwelchen Schwierigkeiten keine Rede sein könne. Es müßten jedoch zunächst einmal andere Vorverhandlungen geführt werden, die bisher noch nicht beendet worden seien, von denen aber der Abschluß des Handelsvertrages abhänge. — Wie man weiter hört, hat die griechische Regierung erklären lassen, daß sie auf ihre Rechte aus dem § 18, Anlage 2 des Versailler Vertrages bei der Unterzeichnung des deutsch-griechischen Handelsvertrages verzichtet. Die deutsche Regierung ist nicht in der Lage, dafür die von Griechenland geforderten Gegenleistungen in Form von Tarifermäßigungen für griechische Waren zuzugestehen. Neue Verhandlungen über den Abschluß des deutsch-griechischen Handelsvertrages werden in nächster Zeit stattfinden.

Preußen und die „Mologa".

Von amtlicher preußischer Seite wird eine Erklärung des preußischen Handelsministers bekanntgemacht des Inhalts, der Preußische Staat habe der „Mologa", der bekannten Gesellschaft für Holzeinfuhr aus Rußland, keine finanziellen Unterstützungen gewährt und daher auch keine Verluste bei der Liquidierung dieser Gesellschaft erlitten. Nach Mitteilung des Reichspostministeriums hat auch die Deutsche Reichspost der Mologa-Gesellschaft weder Kredite zur Verfügung gestellt noch Verluste aus Anlaß der Liquidierung erlitten. Die Erklärungen wurden veranlaßt durch die Anfrage eines deutschvölkischen Abgeordneten im Landtag.

Vertreibung deutscher Lehrer aus Ostoberschlesien.

Der Kampf gegen die deutsche Minderheit in Ostoberschlesien wird auch im neuen Jahre von den Polen fortgesetzt. Unter Berufung auf Artikel 124 des Genfer Abkommens ist von der Schulabteilung der Woiwodschaft drei Studienräten des deutschen Gymnasiums in Kattowitz und mehreren Studienräten und Studienassessoren sowie einigen Lehrkräften der Minderheitsoberrealschule in Königshütte zum 1. September 1928 gekündigt worden. Mehreren dieser Lehrkräfte wurde bereits im April v. J. gekündigt. Die damaligen Kündigungen sind aber von der Woiwodschaft nach dem Eingreifen der deutschen Eltern und nach Vorstellung des Präsidenten Calonder zurückgezogen worden, da die Kündigungen nicht fristgemäß erfolgt waren. Die erneuten Kündigungen bringen für das mittlere und höhere Minderheitsschulwesen in Ostoberschlesien größte Gefahren.

Argentinischer Ministerbesuch bei der Reichsregierung.

Der argentinische Außenminister Dr. Angelo Gallardo trifft am 5. Januar in Berlin ein. Im Oktober 1922 wurde er vom Präsidenten Alvear zum Außenminister ernannt, als dieser die Präsidentschaft antrat. Dr. Gallardo war damals Gesandter in Rom. Von Haus aus war Dr. Gallardo Naturwissenschaftler. Als Professor der Zoologie bei der medizinischen Fakultät der Universität Buenos Aires vertrat er Argentinien auf verschiedenen Kongressen. Aus Anlaß des Besuches Dr. Gallardos in Berlin ist ein Empfang beim Reichspräsidenten, ein Essen beim Reichskanzler und beim Reichsaußenminister und ein Frühstück in der Berliner Handelskammer sowie ein Frühstück der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Schloß vorgesehen.

Aufgehobener Sichtvermerkzwang.

Im Verkehr von und nach Deutschland ist der Sichtvermerkzwang für Pässe bisher aufgehoben im Verkehr mit folgenden Ländern bzw. außerdeutschen Gebieten: Danzig, Dänemark, Domingo, Finnland, Haiti, Holland, Japan, Island, Jugoslawien, Kuba, Luxemburg, Österreich, Panama, Portugal, Schweden und Schweiz. Gegenüber irrtümlichen Darstellungen wird von zuständiger Stelle erneut darauf hingewiesen, daß bei der am 1. Januar erfolgten Aufhebung des Visumzwanges im Verkehr mit Großbritannien der Visumzwang im Verkehr mit den britischen Kronkolonien und Protektoraten nach wie vor weiterbesteht.

Freistaat Danzig.

× **Die Neubildung der Regierung.** Die Verhandlungen über die Regierungsbildung sind so weit gefördert worden, daß der Koalitionsvertrag zwischen Sozialdemokraten, Zentrum und Liberalen, der die Grundlage dieser drei Parteien für ein Zusammengehen in der kommenden Regierung darstellt, in erster Beratung beendet worden ist. Es sollen sich dabei keine Schwierigkeiten erheblicher Art gezeigt haben und insbesondere über die Änderung der Verfassung, die Umbildung des Senats usw. soll eine Übereinstimmung erzielt worden sein. Die Bildung der neuen Regierung ist in den nächsten Tagen zu erwarten.

Jugoslawien.

× **Für Freundschaft mit Deutschland.** Im Finanzausschuß hielt der Führer der Demokratenpartei, Pribitschewitsch, eine Rede über die Außenpolitik und sagte dabei, ganz Südslawien wünsche gute Beziehungen zu Deutschland, aber das genüge nicht, es müsse eine tatsächliche Zusammenarbeit geschaffen werden. Zwischen Südslawien und Deutschland beständen heute gar keine Reibungsflächen. Die einzige bedeutsame politische Frage zwischen den beiden Staaten sei die Frage des Anschlusses. Südslawien dürfe vor den Tatsachen nicht die Augen verschließen und könne daher in der Anschlußfrage nicht völlig die Ansichten Frankreichs teilen, dürfe aber auch andererseits nicht voreilig sein.

Nordamerika.

× **Die Kämpfe in Nikaragua.** Die Widerstandskraft des liberalen Parteigängers Generals Sandino ist durch die Niederlage, die ihm die amerikanischen Marinetruppen vor drei Tagen beigebracht haben, keineswegs gebrochen worden. Amerikanische Marinesoldaten, die sich auf dem Marsche nach Quilali zur Verstärkung der dortigen Garnison befanden, gerieten in ein zweites Gefecht mit Aufständischen. Es wurde dabei ein amerikanischer Marinesoldat getötet und fünf wurden verwundet. Aus den Berichten der Amerikaner geht hervor, daß Sandino über eine ausgezeichnete Ausrüstung mit allen modernen technischen Kampfmitteln verfügt. Das amerikanische Marineministerium behauptet, daß einzelne radikale Organisationen in Amerika Sandino unterstützt hätten. Welche Organisationen gemeint sind, wird aber nicht gesagt.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Reichspräsident hat dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns zu seinem 60. Geburtstage telegraphisch seine herzlichen Glückwünsche ausgesprochen.

Hamburg. Der Senat hat für die infolge der Entscheidung des Staatsgerichtshofes in Leipzig notwendig gewordene Neuwahl der Bürgerschaft den 19. Februar 1928 als Wahltag bestimmt.

München. Der bisherige Kommandant der 7. (bayerischen) Division, Generalleutnant Freiherr Kreß von Kressenstein, hat am 1. Januar die Führung an Generalleutnant von Ruith übergeben. Er wird die Führung des Reichswehrgruppenkommandos in Kassel übernehmen. Der neue Kommandant, Generalleutnant von Ruith, hat die Übernahme der Führung der 7. Division bekanntgegeben.

Sigmaringen. Reichskanzler Dr. Marx ist mit seiner Gemahlin zu kurzem Erholungsurlaub in Sigmaringen eingetroffen.

Memel. Nach einer Verfügung der Postdirektion in Memel sind vom 1. Januar ab bei sämtlichen Postämtern des Memelgebiets neue Formulare in litauischer und deutscher Sprache eingeführt worden. Bisher gab es im Memelgebiet nur Postformulare in litauischer Sprache.

Warschau. Ein Austausch zwischen russischen und polnischen politischen Strafgefangenen findet in diesen Tagen statt. Rußland liefert ei Polen aus, Polen neun russische Kommunisten.

Madrid. Die Regierung hat beschlossen, die Beteiligung Spaniens an der Kölner „Pressa" großzügig zu gestalten. Spanische Architekten werden auf der Ausstellung einen umfangreichen Pavillon errichten.

Aus der Umgegend

Nebra, 5. Januar 1928.

— **Kirchliche Nachrichten.** 1927 wurden hier 57 Kinder (32 Knaben und 25 Mädchen) geboren. 1 Kind ist totgeboren. Getauft sind 55 Kinder, konfirmiert 61, und zwar 33 Knaben und 28 Mädchen. Getraut wurden 16 Paare, ein Paar ohne kirchliche Trauung. Es starben im abgelaufenen Jahre 39 Personen (21 Erwachsene und 18 Kinder). Kirchlich beerdigt wurden 20 Erwachsene und 13 Kinder. Am heiligen Abendmahl nahmen 93 Männer und 174 Frauen, also 267 Personen teil. Aus der Kirche schieden 2 Erwachsene aus, eingetreten sind 2 Erwachsene und 2 Kinder. An mildtätigen Gaben kamen ein durch den Klingelbeutel 195,37 M., durch Kirchenkollekten 281,66 M., durch Hauskollekten 223,35 M. und durch Beichte 32,15 Mark.

— **Karneval.** Wenn Weihnachten und Neujahr vorüber sind, kommen einige Wochen, die sozusagen dem Frohsinn die Zügel locker lassen, oder besser gesagt, wo sich der Mensch selbst beträgt. Die Sorgen des Alltags werden beiseite gestellt, jeder sucht sich zu amüsieren und im Lebensgenuß zu betäuben — kurz es beginnt der Wettlauf ins Schlaraffenland. Karnevalszeit nennt man diese kummerlosen Wochen, die bis zum Aschermittwoch andauern. Schon werden die in Aussicht genommenen Maskenbälle, Bockbierfeste usw. angekündigt, bald trifft der lustige Prinz, dem das ganze Treiben in die Schuhe geschoben wird, ein und führt die Paare zu Tanz und frohem Gelage. Alles bringt er mit: Laune, Stimmung usw., nur das liebe Geld dazu muß jeder selbst bringen. Das ist und bleibt ein wunder Punkt, ein bitterer Tropfen im Freudenbecher und wir meinen, daß diesmal die Geldknappheit dem Karnevalsprinzen das Treiben recht erschweren wird, weil ein Pump im trockenen Amerika für Karnevalszwecke schwerlich unterzubringen sein wird.

— **Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene.** Das Versorgungsamt Halle (Saale) hat mit der Umrechnung der Versorgungsgebührnisse nach dem fünften Gesetz zur Abänderung des Reichsversorgungsgesetzes und anderer Verordnungsgesetze begonnen. Die Beschädigten erhalten die Nachzahlung in der Zeit vom 5.—15. Januar 1928 durch die Post ins Haus gesandt. Spar- und Bankkontoinhaber erhalten die Nachzahlung auf ihr Konto überwiesen. Den Hinterbliebenen wird die Nachzahlung mit der Rentenzahlung für Februar 1928 Ende Januar 1928 ausgezahlt. Besondere Bescheide oder Benachrichtigungen erhalten die Versorgungsberechtigten nicht.

Artern. Herr Bahnhofsvorsteher Knopf wird am 15. Januar von hier nach Naumburg-Ost versetzt. Sein Nachfolger wird der bisherige Stationsvorsteher von Naumburg-Ost.

Kölleda. Der „Kölledaer Anzeiger" trat mit dem Jahre 1928 in den 75. Jahrgang ein. Das Blatt kann mit Recht von sich behaupten, daß es jederzeit die Interessen der Heimat wahrgenommen und seine Verbreitung in allen Schichten der Kreisbewohner zeigt, daß die Leserschaft dies anerkennt.

Oldisleben. In Lebensgefahr geriet ein 14jähriger Junge, der auf der Gemeindekiesgrube eine kurz vorher abgeeiste Stelle betrat und einbrach. Wegen des zu dünnen Eises an dieser Stelle konnten die anderen Kinder ihm nicht zu Hilfe kommen. Glücklicherweise befand sich in der Nähe ein Einwohner, der zufällig eine Stange bei sich führte, mit der er den Eingebrochenen aus dem Wasser zog, sodaß dieser nur mit einem kühlen Bade davonkam.

Oldisleben. Die Zahl der Einwohner betrug am 31. Dezember 1927: 2329 gegen 2334 am 30. November und 2379 am 31. Dezember 1926.

Sangerhausen. Die Einwohnerzahl Sangerhausens betrug am letzten Tage des Jahres 11 080, und zwar 5807 männliche und 6173 weibliche Personen. Die Einwohnerzahl ist im Jahre 1927 nicht zurückgegangen, sie hat auch nicht zugenommen. Am 31. Dezember 1926 hatte die Stadt ebenfalls 11 980 Bürger.

Naumburg. Eifrig wird schon jetzt für die 900-Jahrfeier gearbeitet. In alle Lande verkündet sie nun auch der neue Jubiläums-Poststempel mit der Umschrift: „Naumburg (Saale) 900-Jahrfeier", Inschrift: „Juni 1928" und das Wappen der Stadt: gekreuzter Schlüssel und Schwert.

Hettstedt. Am 2. Weihnachtsfeiertage badeten in der Halleschen Freibadeanstalt vier Mitglieder der Schwimmabteilung der Turn- und Sportvereinigung Hettstedt. Gewiß ein Zeichen, daß wir noch abgehärtete Volksgenossen haben.

Halle. Das Frostwetter hat erhebliche Störungen in den Abraumbetrieben des Mitteldeutschen Kohlenbergbaues verursacht. Die Produktion der Werke ist stark beeinträchtigt, im Brikettihandel macht sich Knappheit bemerkbar.

Köthen. Die anscheinend unausrottbare Unsitte, leicht brennbare Stoffe zum Feuermachen zu verwenden, hat hier abermals ein Menschenleben gekostet. Der etwa 75jähr. ehemalige Kaufmann Marx wollte am Neujahrstage seinen Ofen heizen und goß, um das Feuer schneller anzufachen, Spiritus in die Glut. Dabei explodierte die Flasche. Die brennende Flüssigkeit ergoß sich über den alten Mann, der dabei so schwere Brandwunden erlitt, daß er am Montagabend im Krankenhause gestorben ist.

Leipzig. Am Dienstag früh gegen 4 Uhr wurde in dem den Gewerkschaften gehörenden Volkshause ein Brand bemerkt. Es brannte der im Hofe errichtete Saalneubau. Die sofort anrückende Feuerwehr fand schwierige Arbeit, weil die Baugerüste den Neubau noch umgaben und den Zutritt zum Brandherd erschwerten. Das obere Geschoß, in dem einstweilen Büroräume untergebracht waren, ist vollkommen zerstört, aber auch die anderen Etagen sind stark beschädigt. Da der Bau noch nicht vollendet war, ist eine Versicherung gegen Feuer noch nicht abgeschlossen und somit muß der erhebliche Brandschaden von der Volkshausgenossenschaft selbst getragen werden.

Nah und Fern.

○ Der Reichspräsident als Kinderfreund. Ein achtjähriger Schulknabe hatte dem Reichspräsidenten zu seinem 80. Geburtstage gratuliert und ihm am Schluß seines Briefes gebeten, daß der Reichspräsident ihm aus seiner Glückwunschpost, die ihm aus dem Auslande zugehen würde, einige Briefmarken übersende. Der Wunsch des Knaben wurde erfüllt. Kürzlich überbrachte der Briefträger dem Knaben ein Schreiben aus der Kanzlei des Reichspräsidenten, worin Hindenburg für die Glückwünsche dankt und dem Knaben eine Anzahl ausländischer Briefmarken übersendet.

○ Schwere Ernteschäden in Mecklenburg-Strelitz. Nach den Feststellungen der Landwirtschaftskammer für Mecklenburg-Strelitz beläuft sich der gesamte Ernteverlust in Mecklenburg-Strelitz infolge der Unwetterkatastrophen des letzten Jahres auf 18½ Millionen Mark. Das bedeutet einen Ernteausfall von 45,7 Prozent gegenüber einer Normalernte.

○ Verhaftung eines Eisenbahnattentäters. In Königsberg i. Pr. gelang es, einen gewissen Otto Kirstein, Kätnerssohn aus Pogerblauken (Kreis Wehlau), zu verhaften, als er Drähte einer Signalanlage so zusammenwickelte, daß eine Störung herbeigeführt werden mußte. Der Verhaftete, der erst 18 Jahre alt ist, gestand, daß er auch andere Anschläge verübt habe.

○ Zum Bürgermeister gewählt und verhaftet. Der kommunistische Stadtverordnete Bittner wurde mit großer Mehrheit des Stadtverordnetenkollegiums des in der Nähe von Laurahütte gelegenen Städtchens Zielack zum Ersten Bürgermeister gewählt. Bereits zwei Tage nach der Wahl wurde der neue Bürgermeister wegen staatsfeindlicher Umtriebe verhaftet.

○ Der „Letzte Heller" verbrannt. Das bekannte an der Werraschleuse gelegene Ausflugslokal „Letzter Heller" in Münden wurde von einem Großfeuer heimgesucht. Verbrannt sind die Ökonomiegebäude mit Getreidevorräten und Maschinen. Das Gasthaus selbst ist zum größten Teil zerstört.

⊙ Doppelselbstmord im Eisenbahnzug. Im Eilzuge auf der Strecke Elberfeld—Köln wurden in einem Abteil zweiter Klasse ein 25jähriger Mann und ein 22jähriges

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280105-18/fragment/page=0002

Mädchen, beide aus Wiesdorf, mit Schußverletzungen aufgefunden. Der junge Mann war bereits tot, das Mädchen starb im Krankenhaus. Anscheinend haben die beiden Selbstmord verübt.

○ **Schwere Bluttat.** In Stuttgart geriet der 48jährige Schreiner Albert Schiefer mit seiner 39jährigen Ehefrau aus Eifersucht in einen Wortwechsel und brachte der Frau mit einem Taschenmesser zwei Stiche in die rechte Halsseite bei, so daß die Frau kurze Zeit darauf starb. Der Täter flüchtete zunächst, konnte aber verhaftet werden.

⊙ **Banditenüberfall auf eine polnische Eisenbahnkasse.** Auf die Stationskasse von Zombkowice bei Sosnowice, in der 70 000 Zloty Bargeld lagerten, wurde von bewaffneten Banditen ein Überfall verübt, der jedoch infolge der Geistesgegenwart eines Bahnbeamten abgeschlagen werden konnte. Nach einem regelrechten Feuergefecht zwischen dem Beamten und den Verbrechern ergriffen die Räuber unter Zurücklassung von zwei Toten die Flucht.

⊙ **Hungersnot in Bosnien.** Infolge der Schneeverwehungen in einigen Gebieten Bosniens und der Herzegowina ist eine Hungersnot ausgebrochen. Der Kreistag von Mostar hat für die Versorgung dieser Gebiete einen Betrag von 500 000 Dinar bewilligt. Es ist aber fraglich, ob die bedrohten Gebiete mit Lebensmitteln versorgt werden können, weil der Verkehr noch immer erschwert ist.

⊙ **Ein russischer Naphthazug verunglückt.** Bei Batum ist ein aus Tiflis kommender Eisenbahnzug mit Naphthaprodukten infolge eines Bergsturzes verunglückt. Die Lokomotive stürzte um und 27 Tankwagen mit Naphtha und Benzin verbrannten. Eine Person kam dabei ums Leben.

⊙ **Das Schiffsunglück im Schwarzen Meer.** Der italienische Petroleumdampfer „Clituno", der bei Sabla Schiffbruch erlitt, gilt als endgültig verloren. Der Schaden wird auf annähernd 30 Millionen geschätzt. Die Rettung der Besatzung gestaltete sich äußerst schwierig, da ein Aussetzen der Boote infolge des Sturmes unmöglich war. Die 35 Mann sprangen daher ins Meer und retteten sich sämtlich durch Schwimmen.

○ **Ermordung der Gattin.** Im Verlauf eines Streites jagte ein junger Schnitter auf dem Marktplatz in Hagenow seiner jungen Frau ein Messer in die Brust. Das Messer brach ab, so daß die Messerspitze in der Wunde steckenblieb. Die Frau fiel bewußtlos um und wurde schwer verletzt ins Krankenhaus geschafft. Der Rohling konnte sofort verhaftet werden.

Bunte Tageschronik.

Neustettin. Das seltene Fest der diamantenen Hochzeit konnten der Altbesitzer Wilhelm Arndt und Frau aus Stöwen (Grenzmark) feiern.

Kleve. Direktor F. Becker von den Niederrheinischen Fastagefabriken (A. J. van den Bergh) ist wegen größerer Unterschlagungen verhaftet worden.

Osnabrück. Der Gewerkschaftssekretär August Kupper, eine im Hannoverschen bekannte Persönlichkeit, ist seit einigen Tagen unter Hinterlassung von 40 000 Mark Schulden spurlos verschwunden. Kupper lebte seit Jahren auf großem Fuße.

Halle a. S. (Generalversammlung des Provinzialeiternbundes.) Am Dienstag, den 10. Januar, wird in der Stadtmission zu Halle a. S. die diesjährige Generalversammlung des Evangelischen Elternbundes für die Provinz Sachsen tagen. Ein reicher Tagungsplan liegt vor. Schon jetzt sind zahlreiche Anmeldungen von Teilnehmern aus allen Teilen der Provinz vorhanden. Als Niederschlag der Tagung soll eine Entschließung gefaßt werden, die die Richtlinien für die kommende Arbeit des Provinzialeiternbundes vorzeichnen wird.

Hamburg. Wie aus Wittdün gemeldet wird, ist nunmehr auch die Insel Amrum infolge der zunehmenden Vereisung des Wattenmeeres von jedem Verkehr abgeschnitten.

Rotterdam. Der Leiter der Verwaltung des städtischen Gesundheitsamtes ist mit einem Betrage von 25 000 Gulden, die für die Auszahlung von Gehältern und Löhnen bestimmt waren, plötzlich verschwunden.

Rom. Hier sind wieder drei Erdstöße verspürt worden, von denen der eine ziemlich stark war und vier Sekunden dauerte.

Newyork. Nach amtlichen Schätzungen verdienen in den Vereinigten Staaten 228 Personen mehr als eine Dollarmillion jährlich.

Die Senkung der Lohnsteuer.

Neue Berechnung ab 1. Januar 1928.

I. Durch das vom Reichstag verabschiedete Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes wird die Lohnsteuer mit Wirkung vom 1. Januar 1928 ab weiter gesenkt, und zwar 1. durch Ermäßigung der einzubehaltenden Steuer um 15 %, höchstens um 2 Mark monatlich (unten II), 2. durch Erhöhung der Kleinbetragsgrenze auf 1 Mark monatlich (unten III).

II. Ermäßigung der Steuer. 1. An der bisherigen Berechnung der Steuer ist nichts geändert worden, die Steuer ist in der gleichen Weise wie bisher zu errechnen und abzurunden. Der so ermittelte Steuerbetrag ermäßigt sich aber vom 1. Januar 1928 ab um 15 Prozent, jedoch höchstens a) um 2 Mark monatlich bei Zahlung des Arbeitslohnes für volle Monate, b) um 0,50 Mark wöchentlich bei Zahlung des Arbeitslohnes für volle Wochen, c) um 0,10 Mark täglich bei Zahlung des Arbeitslohnes für volle Arbeitstage, d) um 0,05 Mark zweistündlich bei Zahlung des Arbeitslohnes für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden.

Um dem Arbeitgeber nicht eine neue Arbeit dadurch aufzubürden, daß er erstens den Steuerabzug in der bisherigen Weise berechnen und dann noch von dem so berechneten Steuerbetrag 15 Prozent abziehen muß, werden amtliche Tabellen, und zwar getrennt für monatliche, wöchentliche, tägliche und zweistündliche Lohnzahlung, herausgegeben, aus denen er für jeden Lohnbetrag und für jeden Familienstand die auf den Arbeitslohn entfallende Steuer ohne irgendwelche nähere Berechnung ablesen kann.

2. Die zu 1 bezeichnete Ermäßigung findet jedoch nicht bzw. nicht in vollem Umfange statt a) bei einmaligen Einnahmen, die aus den tausenden Bezügen gewährt werden, z. B. Tantiemen, Gratifikationen u. dgl. Die Ermäßigung beschränkt sich auf die tausenden Bezüge; die einmaligen Einnahmen werden also ganz wie bisher besteuert. b) Wird der Arbeitslohn nicht nach Zeitabschnitten gezahlt und sind daher in jedem Falle 2 Prozent oder — bei Heimarbeitern — 1 Prozent vom vollen Arbeitslohn als Steuer einzubehalten, so ermäßigt sich die Steuer stets um 15 Prozent ohne Rücksicht auf den Betrag der Ermäßigung im einzelnen Falle. Die unter II 1 bezeichneten Höchstbeträge gelten hier also nicht.

III. Nichterhebung von Kleinbeträgen. Der auf den Arbeitslohn entfallende Steuerbetrag wird nicht erhoben, wenn er 1. bei Zahlung des Arbeitslohnes für volle Monate 1 Mark monatlich, 2. bei Zahlung des Arbeitslohnes für volle Wochen 0,25 Mark wöchentlich, 3. 15 Prozent von 0,80 Mark = 0,12 Mark. Die Steuer beträgt also künftig nur 0,80 — 0,12 = 0,68, abgerundet 0,65 Mark.

2. Ein verheirateter Arbeitnehmer mit drei minderjährigen Kindern bezieht ein monatliches Gehalt von 450 Mark. Es ist das prozentuale System anzuwenden. Danach sind steuerfrei 100 Mark. Von dem Rest war die Steuer bisher 6 Prozent = 21 Mark. Dieser Betrag ermäßigt sich vom 1. Januar 1928 ab um 15 Prozent, höchstens um 2 Mark. 15 Prozent von 21 Mark = 3,15 Mark. Die Ermäßigung darf daher hier nur mit dem Höchstbetrag von 2 Mark berücksichtigt werden. Die einzubehaltende Steuer beträgt also 21 — 2 = 19 Mark.

In den Beispielen zu 1 und 2 ist der Steuerbetrag aus den Tabellen, die jetzt aufgestellt werden, ohne weiteres abzulesen.

3. **Beträgt in dem Beispiel zu 1 der Wochenlohn nur 37 Mark, so betrug die Steuer bisher 10 Prozent von (37 — 33,60 =) 3,40 = 0,34, abgerundet 0,30 Mark. Dieser Betrag ermäßigt sich vom 1. Januar 1928 ab um 15 Prozent, höchstens um 0,50 Mark. 15 Prozent von 0,30 = 0,045 Mark. 0,30 — 0,045 = 0,255, abgerundet 0,25 Mark. Dieser Betrag wird als Kleinbetrag nicht erhoben.**

Der gepfändete Bubikopfpreis. In einer deutsch-böhmischen Ortschaft, die in der Nähe der sächsischen Grenze liegt, fand kürzlich ein Bubikopfwettbewerb statt: der schönste Bubikopf sollte mit sechs silbernen Löffeln im Werte von 70 Tschechokronen prämiiert werden. Auch aus dem nahen Sachsen kamen bubiköpfige Damen, um an dem Wettbewerb teilzunehmen, und, siehe da! eine von diesen gewann den ersten Preis und pilgerte mit ihren sechs Löffeln stolz zur Grenze, um als Bubikopfkönigin in die deutsche Heimat zurückzukehren. Aber an der Grenze standen die sächsischen Zöllner und fragten die Preisträgerin verschmitzt, ob sie im Besitz einer Quittung über bezahlten Zoll wäre. Und da sie das nicht war, nahm man ihr einfach den silbernen Bubikopfpreis aus dem Gewande und erklärte ihn für beschlagnahmt. Außerdem aber soll die Grenzzöllnerin 70 Mark Geldstrafe blechen — wohlverstanden: Mark, nicht Tschechenkronen! Die „Krönung" ist also ein etwas teurer Spaß geworden, und die Königin möchte sich vor Schmerz am liebsten auch noch die letzten Haare vom Kopfe raufen . . .

Dreikönigstag.

In manchen Gegenden wird noch heute der Dreikönigstag abgehalten. Die Personen, die die heiligen drei Könige darstellen, sind in der verschiedensten Weise aufgeputzt. Sie tragen lange weiße Bärte, Perücken, Kronen aus gelbem Blech oder aus Goldpapier, haben einen Degen an der Seite und ein Königsszepter in der Hand. Die heiligen Könige aus dem Morgenlande tragen die Namen Kaspar, Melchior und Balthasar. Nach Legenden soll Kaspar dereinst König von Persien, Melchior König von Nubien und Balthasar König von Arabien gewesen sein. Dementsprechend tritt auch Melchior, oft mit einem geschwärzten Gesicht, als König von Nubien auf. Mitunter erscheinen die drei Könige mit allerlei Gefolge, mit Dienern, Soldaten und anderen Trabanten, die bunte Maskierungen tragen und sich durch lautes Peitschenknallen und Glockenbimmeln bemerkbar machen. Unzählig sind die Sprüche, die die heiligen drei Könige vor den Haustüren aufsagen. Fast jede Gegend hat andere Weisen. In vielen Gegenden werden am Dreikönigstage Könige und Königinnen gewählt, nach deren Anleitung die Abhaltung der Festlichkeiten geschieht. Dort, wo größere Gesellschaften beisammen sind, wird oft ein ganzer Hofstaat mit dem König und für die Königin zusammengestellt. In England, Holland, Belgien, Frankreich, ebenso auch in so manchen Bezirken West- und Süddeutschlands darf am Dreikönigstage der Dreikönigskuchen nicht fehlen, in England werden von diesem Kuchen in jedem Jahr Riesenexemplare gebacken. Einige Stücke dieses Kuchens müssen an Arme verteilt werden. In früheren Zeiten wurden auch Dreikönigsspiele abgehalten, doch sind diese in Vergessenheit gekommen.

□ **Neuregelung der Kriegerrenten.** Der Zentralverband Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebenen teilt mit: Die Ausführungsbestimmungen zur neuen Novelle des Reichsversorgungsgesetzes sind soeben erschienen. Von ganz besonderer Bedeutung sind sie für die abgefundenen Kriegsbeschädigten und für die Kriegereltern. Durch eine neue Verordnung zum § 25 des Reichsversorgungsgesetzes hat sich die Beurteilung der Folgen einer Dienstbeschädigung teilweise geändert. Nach dieser geänderten Verordnung erfolgen auf Antrag Neufeststellungen der Renten. Zu beachten ist jedoch, daß solche Anträge bis spätestens zum 31. März 1928 beim zuständigen Versorgungsamte gestellt sein müssen, wenn eine rückwirkende Auszahlung der höheren Rentensätze ab 1. Oktober 1927 erfolgen soll. Bei später gestellten Anträgen werden die Bezüge erst vom Antragsmonat ab gewährt. Ferner ist für einen erweiterten Kreis von Kriegereltern die Möglichkeit der Bewilligung der Elternversorgung geschaffen worden. Es kann nunmehr Eltern Beihilfe auch dann gewährt werden, wenn die Voraussetzung, daß der Verstorbene der Ernährer ist oder geworden wäre, nicht voll erfüllt ist. Auch diese Anträge müssen beim zuständigen Versorgungsamte bis spätestens zum 31. März 1928 eingegangen sein.

Tilgung der Auslosungsrechte.

Am 31. Dezember ist mit der Einlösung der im Oktober v. J. gezogenen Auslosungsrechte der Anleiheablösungsschuld begonnen worden. Für die Einlösung ist ein Betrag von rund 134 Millionen Mark aufzuwenden. Damit wird die Tilgung des 15. Teils der ausgegebenen Auslosungsrechte Serie 1 und 2 abgeschlossen. Im Jahre 1928 finden drei Ziehungen der Serie 3 und eine Ziehung der Serien 1 und 2 statt. Die im Jahre 1928 gezogenen Auslosungsrechte werden zum fünffachen Nennbetrage mit den Zinsen von 4½ Prozent für die Jahre 1926—1928 eingelöst. Ein gezogenes Auslosungsrecht über 100 Mark wird daher eingelöst mit 567,50 Mark. Der Börsenpreis für 100 Mark Auslosungsrechte beträgt gegenwärtig für die Auslosungsrechte der Serien 1 und 2 etwa 260 Mark, der Serie 3 275 Mark.

Litauische Treibereien im Memelgebiet.

Verhinderung der Landtagsarbeit.

Der Gouverneur des Memelgebietes gibt in einer Sonderausgabe des Amtsblattes folgende Verordnung heraus: „Auf Grund des Statuts des Memelgebietes schließe ich hiermit die ordentliche Tagung des Landtages des Memelgebietes für das Jahr 1927 und setze für den Zusammentritt zur ordentlichen Tagung im Geschäftsjahr 1928 den 23. Januar nachmittags 5 Uhr fest."

Tatsächlich besitzt der Gouverneur nur das Recht zur Schließung oder Vertagung außerordentlicher Sessionen. Ordentliche Tagungen sind der Willkür des Gouverneurs entzogen. Zu dem jetzigen Vorgehen wird bemerkt, daß so jede Arbeit des Landtages von der Gnade des Gouverneurs abhängen würde.

Briefkasten.

All den lieben Lesern in der Ferne, die sich durch den Bezug des Heimatblattes mit der Heimat verbunden fühlen und uns durch freundliche Zuschriften an Neujahr erfreuten, sagen wir hierfür vielen Dank. Möge auch im neuen Jahre der „Nebraer Anzeiger" jedem Nebraer draußen das sein wie bisher: ein Heimatsbrief, der bestimmt eintrifft und damit das Heimweh abschwächt. Die vielen Glückwünsche erwidern wir hiermit aufs herzlichste. Die Schriftleitung

---

Der Brockenschreck.

Roman von Otto Goldmann.

37] (Nachdruck verboten.)

Zeitungen konnte Nagel während dieser Zeit nicht lesen und der Gedanke an eine Verhaftung seiner Schwester lag ihm völlig fern.

Um so entsetzter war er gestern abend, als er dies endlich erfuhr. Sein erster Gang sei daher heute hierher . . .

„Einen Augenblick," unterbrach der Richter, „der Entlaßschein lautet allerdings auf den 1. September. Aber Sie hatten doch die Kühnheit, am vorletzten Tage aus dem Krankenhause auszukneifen und in der Nacht die Befreiung Ihrer Schwester in Szene zu setzen. Lassen Sie mich weiterreden. Da Sie am Morgen bei der ärztlichen Visite wieder im Krankenhaus sein mußten, vermißte Ihre Schwester Sie auf dem Bahnhof in Magdeburg. Sie war Ihnen nachgefahren . . ."

Die beiden Ausrufe: „Er war's ja gar nicht!" der Schwester und „Ich war's ja gar nicht!" des Bruders unterbrachen ihn jetzt doch. Er war erstaunt, so zornig und entrüstet hatte diese doppelte Verneinung geklungen. Stimmte da wieder eine sehr feste Grundlage seiner Ermittlungen nicht? Ärgerlich warf er den Bleistift hin. Und während das junge Mädchen weiter erzählte, ließ er sich telephonisch mit dem Krankenhaus in Magdeburg verbinden.

„Ich habe keine Ahnung, wer mich befreit hat," sagte Dora Nagel. „Als ich um Mitternacht schlaflos in meiner Zelle lag, hörte ich an dem Fenster über mir ein Geräusch. Man zersägte die Gitterstäbe meines Gefängnisses. „Bist du es, Karl?" rief ich in meiner ersten freudigen Überraschung. Und als anstatt der Antwort nur „Psi" ertönte, glaubte ich meinem Herzen und folgte meinem Befreier. Schweigend hieß mich dieser durch Gesten über ein Dach hinabsteigen und zog mich aus dem Hof. Erkennen konnte ich nichts, da es rabenschwarze Nacht war. Erst als ich meinem Befreier um den Hals fiel, merkte ich zu meinem Schrecken, daß der Mann mir völlig fremd war. Jedenfalls war es nicht mein Bruder." Sie errötete. Dachte sie daran, daß sie einen Fremden liebkost hatte?

„Es war nicht Ihr Bruder," wiederholte der Richter und legte den Hörer zurück. Das Krankenhaus hatte geantwortet, daß dieser trotz Verbots auf seiner Stube mit drei anderen bis ein Uhr nachts Karten gespielt.

„. . . drei Mark fünfzig verloren habe. Ist dies auch bezeugt worden?" fragte Karl Nagel eifrig.

Der Richter wehrte ab. Ihn beschäftigte ein anderer Gedanke. Da mußte der Mörder doch Gewissensbisse bekommen und die unschuldig für ihn leidende Gefangene befreit haben. Es gab also anscheinend immer noch leidlich anständige Raubmörder.

Jedenfalls war der Richter von der Unschuld der beiden Geschwister überzeugt und entließ sie, nachdem der Staatsanwalt sein telephonisches Einverständnis erklärt hatte, mit einem festen Händedruck. Mochte sich der Postbeamte mit seiner eisernen Behörde wegen der fatalen Postkasse auseinandersetzen!

Sechzehntes Kapitel.

Wer und wo war aber nun der Mann, der die Tat begangen hatte, der die Zigarette „Puck" liebte und Dora Nagel in der Nacht befreit hatte?

Es war nun neun Uhr abends geworden, als der Untersuchungsrichter an sein Telephon geholt wurde. Wieder von einem frischen, köstlichen Dortmunder im „Braunen Hirschen", wo an diesem Abend die Witze hin und her flogen.

Denn in der kleinen Stadt konnte nichts lange geheim bleiben. Am wenigsten vor einem Stammtisch.

„Telephon?" sagte der Richter, „um neun Uhr abends?" Gibt's ja gar nicht. Da schlafen doch alle anständigen Menschen . . ."

„Die andern sind nämlich im Wirtshaus," witzelte der Schullehrer und trank einen Ganzen.

Doch der Bote sagte, es sei ein eiliges Dienstgespräch. Der Richter fuhr zusammen. Dienstgespräche machten ihn seit einiger Zeit nervös. Trotzdem bezwang er sich und leerte in äußerlicher Ruhe sein Glas. Das hatte er dann wenigstens in sich, wenn man ihn wieder über Stock und Stein zu einem Testament ins Gelände jagte. Oder zu einer Leichenschau . . . Bei diesem Gedanken wurde ihm unbehaglich zu Mut, und er griff schnell nach seinem Stock —

„Hier Kriminalkommissar Fritsch," kam es durch den Fernsprecher.

Der Richter meinte, man solle ihn in Ruhe lassen. Es komme doch immer anders als man denke. Er hatte sich diesen Spruch zum Leitmotiv erkoren.

„Wir haben sie! Es ist eine ganze Verbrechergesellschaft!" Der Kommissar am anderen Ende der Leitung schien ziemlich aufgeregt, und zwar freudig. Er sei in Schierke und habe soeben sensationelle Verhaftungen vorgenommen.

Den Mörder des Braun, einen jungen Studenten, der durch Indizien völlig überführt sei.

Eine seiner vielen weiblichen Komplizen. Eine angebliche junge Witwe. Ein bildhübsches, aber raffiniert verlogenes Frauenzimmer.

Einen verbummelten Juristen, der sich äußerst gewalttätig benommen habe.

Als vierten im Bunde den lange gesuchten Hochstapler und Heiratsschwindler Goldmacher aus Danzig.

„Wie? Ob er etwa der jungen Witwe nachgestellt habe? Als Braut habe diese sich allerdings ausgegeben, aber von zwei der anderen gleich auf einmal. Das sei ein bischen eine närrische Geschichte, die ihm, dem Kommissar, noch nicht ganz klar sei.

Er habe vorläufig die ganze Gesellschaft im Hotel in ihr Zimmer eingeschlossen. Es habe da sehr witzige Details gegeben.

Der Richter war sehr befriedigt, als er diese Kunde vernahm. Endlich war diese Verbrechergesellschaft, die seit Wochen den Harz mit ihren blutigen Taten unsicher machte, hinter Schloß und Riegel! Nun konnte man wieder ruhig schlafen!

So ganz beiläufig fragte er am Schluß, welche Namen die anderen Verhafteten sich denn beigelegt hätten.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280105-18/fragment/page=0003

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 3. Januar.

General von Livonius gegen „Die Wahrheit".

Berlin. In dem Beleidigungsprozeß des Generals a. D. v. Livonius gegen den Redakteur der von dem Reichstagsabgeordneten Bruhn herausgegebenen „Wahrheit", Dr. Pritze, wurde Dr. Pritze wegen öffentlicher Beleidigung zu 250 Mark und zur Zahlung der Kosten des Verfahrens verurteilt. Die Privatklage stützte sich auf einen Artikel in der Nummer des genannten Blattes vom 30. September 1927, betitelt „Jakob Michael und seine Generäle", in dem der General schwer angegriffen und u. a. als Handlanger des „Wucherers und Vampirs Jakob Michael" bezeichnet wurde. Das Gericht kam zu der Auffassung, daß der inkriminierte Artikel formell beleidigend sei und daß der Beklagte den Schutz des § 193 nicht in Anspruch nehmen könne.

Schiffswracks in der Straße von Windau.

Berlin. Die Marineleitung teilt mit, daß im Zusammenhang mit der Auffindung von Schiffswracks in der Straße von Windau Gerüchte aufgetaucht sind, nach denen es sich dabei um in der Kriegszeit untergegangene deutsche U-Boote handele. Die Marineleitung stellt fest, daß es sich dabei wohl um untergegangene deutsche Schiffe handeln könne, aber nicht um U-Boote.

Verschärfung der Lage in der sächsischen Hüttenindustrie

Dresden. Nachdem durch die Ablehnung der Schiedssprüche für die sächsische Hüttenindustrie durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer zunächst ein vertragloser Zustand eingetreten ist, haben am Dienstag mittag bei den Mitteldeutschen Stahlwerken A.-G. in Görlitz die Arbeiter der ersten Schicht nach acht Stunden den Betrieb verlassen. Nach nochmaligen ergebnislosen Verhandlungen wurde daraufhin der Betrieb in Görlitz geschlossen. Auch in Riesa soll in mehreren Betrieben den Arbeitern die Kündigung ausgesprochen worden sein.

Arsenik — statt Mehlklöße.

Breslau. Wie den Breslauer Neuesten Nachrichten aus Münsterberg gemeldet wird, erkrankten am Neujahrstage in Bernsdorf der Schaffer Klemens Opitz, seine Wirtschafterin und seine zu Besuch bei ihm weilenden Verwandten unter heftigen Schmerzen und Brechreiz. Opitz und seine Schwiegertochter verstarben bald. Die Übrigen wurden in das Krankenhaus übergeführt, wo am anderen Morgen noch die Wirtschafterin des Opitz starb. Der Zustand der übrigen Erkrankten ist ernst. Nach den ärztlichen Feststellungen handelt es sich wahrscheinlich um eine Vergiftung mit Arsenik, das infolge einer Verwechslung an Stelle von Mehl zu Klößen verwandt wurde.

Wahnsinnstat eines Studenten.

Stuttgart. Hier gab ein Student auf zwei Frauen Pistolenschüsse ab; als die eine schwer verletzt war, nahm er sich das Leben.

27 Fischer vor dem Erfrieren gerettet.

Moskau. Die auf dem Kaspischen Meer verschollenen Fischer — 27 an der Zahl — retteten sich, wie sich jetzt herausgestellt hat, in den Wolga-Kaski-Kanal und wurden dort von Flugzeugen gesichtet. Danach wurde eine erfolgreiche Rettungsaktion durchgeführt. Die Fischer waren beinahe erfroren.

Knebelung der polnischen Presse.

Warschau. Im polnischen Reichsgesetzanzeiger sind zwei Verordnungen erschienen, wodurch einige Bestimmungen des Pressedekrets verschärft werden. So wird die Gemeinverantwortlichkeit sämtlicher verantwortlicher Redakteure für den Gesamtinhalt der Zeitung festgesetzt. Weiter wird bei Beleidigungen von Behörden, Beamten und Militärs das Beschlagnahmerecht etwas erweitert. Überdies erhöht die neue Verordnung die Geldstrafen für einige Übertretungen von 1000 auf 2000 Zloty. Die Verordnungen treten sofort in Kraft.

Der Wellentod der Fliegerin Grayson.

Newyork. Nach Aussagen der Mannschaft eines in Portland im Staate Maine eingetroffenen Dreimasters haben die Fliegerin Grayson und ihre Begleiter, die zu einer Überquerung des Ozeans im Flugzeug vor Weihnachten aufgestiegen waren, am 23. Dezember abends gegen 8 Uhr in ungeheurem Sturm auf offener See, ganz in der Nähe des Schiffes, den Tod gefunden. Das Wüten der Elemente war so schrecklich, daß es der Schiffsbesatzung unmöglich war, die Rettung der Flugzeugbesatzung zu versuchen. Der Seegang war so hoch, daß „The Dawn" sofort zerschlagen worden sein muß.

Der Dreimaster „Rose Anne Belliveau" befand sich von Frankreich nach den Vereinigten Staaten unterwegs. Dabei geriet er in der Nähe von Cape Cod in die Sturmzone. Als das Unwetter am gefährlichsten tobte, wurde der Kapitän von dem wachthabenden Offizier aus seiner Kabine geholt. Was der Offizier wollte, verstand der Kapitän zunächst nicht. Erst nach mehreren Versuchen hörte er durch den Aufruhr der Elemente die Worte: „Dort draußen ist ein U-Boot oder etwas Ähnliches." Nun hörten bei angestrengt zu und nahmen durch den furchtbaren Sturm, der über den weißen Schaumkämmen des Meeres heulte, deutlich das dumpfe Geräusch eines Flugzeugmotors wahr. Das Surren wurde lauter und lauter, dauerte etwa zehn Minuten und brach plötzlich ab. Gleich darauf vernahmen sie ein Geräusch, wie wenn ein schwerer Körper auf das Wasser schlägt. Dann übertoste das Brausen des Windes wieder alles andere.

Man nimmt nunmehr an, daß das Flugzeug „The Dawn" einen erfolglosen Versuch gemacht hat, neben der „Rose Anne Belliveau" niederzugehen, deren Positionslaternen vom Piloten gesehen wurden, daß aber das Flugzeug dann doch vom Sturm abgetrieben wurde.

Der Sternenhimmel im Januar.

Die Sonne hat in den letzten Tagen des vergangenen Jahres den tiefsten Stand ihrer Bahn überschritten und beginnt nun mit der Aufwärtsbewegung, die uns eine Zunahme der Tageslänge von einer Stunde und zwölf Minuten bis zum Ende des kommenden Monats beschert. — Die hauptsächlichsten Mondphasen fallen auf folgende Tage: am 7. Januar ist Vollmond, am 14. Letztes Viertel, am 22. Neumond und am 29. Erstes Viertel. — Von den großen Planeten ist noch immer Jupiter der einzige, der am Abendhimmel mit Vorteil zu beobachten ist. Er durchwandert das Sternbild der Fische und entfernt sich immer mehr von unserer Erde, so daß mit seiner Helligkeit auch sein scheinbarer Durchmesser bei der Betrachtung im Fernrohr merklich abnimmt. — Merkur kann Ende des Monats am westlichen Himmel, kurz nach Sonnenuntergang, aufgesucht werden. — Am Morgenhimmel finden wir die Venus, deren Sichtbarkeitsdauer jedoch im Laufe der kommenden Wochen mehr und mehr abnimmt. In den Dämmerungsstunden des 19. Januars bietet sich dem Frühaufsteher ein seltener, wunderbarer Anblick: dicht neben der strahlenden Venus steht die zarte, abnehmende Mondsichel und dazu gesellt sich der Saturn; ein Zusammentreffen, dessen Beobachtung man gern einige Stunden Schlafs opfern sollte.

Die kalten, aber dunstlosen und klaren Winterabende eignen sich ganz besonders zur Betrachtung des gestirnten Himmels. Und auch der Großstädter sollte Gelegenheit nehmen, sich wenigstens hin und wieder durch das Beschauen des Firmamentes innerlich zu erbauen und seine Kenntnisse zu bereichern. Vom Nordwesten zum Südosten spannt sich, einem matten Bande gleich, die jetzt besonders günstig sichtbare Milchstraße, die uns nun gleich einen Anhalt zur Auffindung der wichtigsten Sternenbilder geben soll. In ihren westlichen Ausläufern finden wir dicht über dem Horizont noch einen Teil des Schwanes, etwas höher das langgestreckte W der Kassiopeja, hoch zu unseren Häuptern den Fuhrmann mit der gelbleuchtenden Capella und der Milchstraße weiter folgend im Südosten den Großen Hund mit Sirius, dem hellsten Stern des Himmels. Genau im Süden steht nun der an dieser Stelle schon oft erwähnte Orion und rechts darüber der Stier mit Aldebaran, erkenntlich an seiner roten Farbe, in dessen unmittelbarer Nähe die Sternenhaufen der Hyaden und Plejaden. Im Osten geht jetzt der Löwe auf, ein ausgedehntes Sternbild, dessen hellster Stern Regulus heißt, weiter nach Norden ist der bekannte Große Wagen nicht zu verfehlen. Im Westen neigen sich die Fische zum Untergang und auch Walfisch und Andromeda streben dem Horizont zu.

Gedenket der hungernden Vögel! Die anhaltende Kälteperiode bringt auch für unsere heimische Vogelwelt wieder viel Ungemach mit sich. Da ist es wohl an der Zeit, der Oeffentlichkeit wieder ihren Schutz zu empfehlen. Ein paar Brotkrumen am Morgen auf das Fenstersims gestreut oder ein sicheres Obdach an den Bäumen des Gartens helfen da viel. Wahrlich, eine kostbare Hilfe, die nur einer geringen Mühe bedarf.

Börse und Handel.

Amtliche Berliner Notierungen vom 3. Januar.

* **Produktenbörse.** Die Haltung des Getreidemarktes war zwar ruhig, aber durchschnittlich fest. Argentinien hatte seine Forderungen für Weizen erhöht und auch die eingelaufenen nordamerikanischen Forderungen stellten sich im Anschluß an Südamerika etwas teuer. Hiervon ging allgemeine befestigende Wirkung aus, zumal vom Inlande das Angebot von Weizen ebenso wie von Roggen mäßig ist und höher im Preise gehalten wurden. Die Mühlen sind besonders für bessere inländische Ware Käufer, auch war das vermehrte Interesse der Provinzmüllerei für ausländisches Getreide bemerkenswert, obwohl es zunächst nur vereinzelt zum Geschäft führte. Gerste still, für gute Qualitäten gefragt und fester. Hafer zeigte auch günstigere Geschäftslage; das Angebot ist mäßig. Besonders von Schlesien rentieren die Forderungen wegen der teuren Bahnfahrt und wegen dortigen Absatzes nach Polen, der Tschechoslowakei und an die sächsischen Proviantämter nicht. Mais in bereits importierter Ware viel gefragt und fester. Mehl blieb ruhig.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark.

	3. 1.	2. 1.		3. 1.	2. 1.
Weiz., märk.	236-239	235-238	Weizkl. f. Brl.	15,0	15,0
pommersch.	—	—	Rogkl. f. Brl.	15,0	15,0
Rogg., märk.	238-241	237-240	Raps	345-350	345-350
pommersch.	—	—	Leinsaat	—	—
westpreuß.	—	—	Vikt.-Erbsen	51-57	51-57
Braugerste	220-265	220-265	kl. Speiseerb.	32-35	32-35
Futtergerste	—	—	Futtererbsen	21-22	21-22
Hafer, märk.	203-213	202-212	Peluschken	20-21	20-21
pommersch.	—	—	Ackerbohnen	20-21	20-21
westpreuß.	—	—	Wicken	21-24	21-24
Weizenmehl			Lupin., blaue	14,0-14,7	14,0-14,7
p 100 kg fr.			Lupin., gelbe	15,7-16,1	15,7-16,1
Bln. br. inkl.			Seradella	—	—
Sack (feinst.			Rapskuchen	19,7-19,8	19,7-19,8
Mrk. ü Not	30,7-34,0	30,7-34,0	Leinkuchen	22,3-22,5	22,3-22,5
Roggenmehl			Trockenschtzl	12,2-12,4	12,2-12,4
p 100 kg fr.			Soya-Schrot	21,1-21,7	21,1-21,7
Berlin br.			Torfml. 30/70	—	—
inkl Sack	31,5-34,0	31,5-34,0	Kartoffelflck	23,9-24,2	24,0-24,2

* **Butterpreise.** 1. Qualität 170 Mark, 2. Qualität 159 Mark, abfallende Sorten 145 Mark. Tendenz: Ruhig.

Strandfest im Schützenhaus

am 22. Januar 1928

Holz-Verkauf

Forstrevier Nebra

Im **Gasthause zu Wippach**

Donnerstag, den 5. Januar 1928,

gelangen aus den Abteilungen 9, an der großen Eiche, 6 und 2, nachstehende **Brennhölzer** meistbietend gegen Barzahlung zum Verkauf:

146 rm Buchen- und Eichen-Scheite
26 rm Buchen- und Eichen-Knüppel
1058 rm Buchen- und Eichen-Reisig II. Klasse.

Zusammenkunft 11 Uhr vormittags. Verkaufsbedingungen werden im Termin bekannt gegeben.

Wippach, den 27. Dezember 1927.

von Helldorfsche Forstverwaltung

Freiwillige Versteigerung.

Sonnabend, den 7. Januar cr., vormittags von 11 Uhr ab versteigere ich in der **Grabenmühle bei Bitzenburg a. U.** (Station Bitzenburg a. U.) wegen Aufgabe des Mühlenbetriebes pp. an Ort und Stelle

1 Elfsitzer Mercedes-Gesellschaftswagen mit neuer noch nicht gefahrener Karosserie,
1 Viertonner Lastwagen, 1 Sechssitzer Horch-Personenwagen, 1 Paar Pferde, 2 Vierzöller Wagen, 1 Kipphöhle (fast neu), **ca. 100 Ztr. Heu und Grummet, ca. 200 Ztr. Speisekartoffeln, 8 Mistbeetfenster, 2 Flaschenzüge, 2 Dezimalwagen, 1 neuer gußeiserner Schleifsteintrog, 1 Geldschrank, 1 Kopierpresse, 1 Hektograph, Schreibpulte, 2500 Ziegelsteine, 1 komp. Hackmaschine u. Reihenzieher, 2 Eggen, 1 Amboß** mit Klotz, **2000 Garnbänder, div. landw. Geräte, div. Kannen mit Oel und Fett, Mühlpicken, 20 Federbetten, Bettstellen mit Matratzen, Kleiderschränke, Tische, Stühle, 2 Chaiselongues, Tischdecken und diverse Möbel** öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung.

Schalle,
Obergerichtsvollzieher in Freyburg und Nebra a. U.

Vermischtes.

— **Schadet Kälte der Gesundheit?** Ein großer Teil Europas hat vor Weihnachten eine für unsere Verhältnisse ganz ungewöhnliche Kälte über sich ergehen lassen müssen und wenn nicht alles trügt, steht uns, nach kurzer „Erholungspause", eine neue Frostperiode in Aussicht. Da erhebt sich denn die Frage, ob wir so intensive Kälten ertragen können, ohne an unserer Gesundheit Schaden zu leiden. Diese Frage ist, wie von ärztlicher Seite dargelegt wird, im großen und ganzen mit Ja zu beantworten. Wir haben den diesmaligen Kälteeinbruch nur darum so schwer empfunden, weil wir durch eine Reihe milder Winter verwöhnt waren und uns deshalb gegen die Einwirkung niederer Temperaturen nicht genügend abgehärtet hatten. Es lassen sich aber bestimmt durch rationelle Gegenarbeit die unangenehmen Einwirkungen der Kälte auf unsern Körper wenn auch nicht ganz beseitigen, so doch stark mindern und mildern. Jeder weiß, daß man einem frierenden Körperteil — bezeichnenderweise erinnert das Schmerzgefühl, das man beim Frieren empfindet, sehr an die Empfindungen bei einer Brandverletzung — durch Bewegung neue Wärme zuführen kann, wodurch der Erfrierungsprozeß wenigstens zeitweise unterbrochen wird. Bei rationeller Bewegung — auf und ab gehen, „marschieren am Ort" (was man von der Turnstunde oder vom Militärdienst her kennt), Hände reiben usw. — ist das sogenannte Erfrieren eines Körperteiles so gut wie ausgeschlossen. Es ist auch nicht wahr, daß, abgesehen von Fällen unvorsichtigen Temperaturwechsels, durch die Kälte die Zahl der Erkrankungen der Atmungsorgane gesteigert wird. Erkältungen und Grippefälle sind in den Perioden großer Kälte weit seltener als bei normaler Temperatur oder bei feuchtem Wetter. Es ist ja übrigens allbekannt, daß Leute mit kranken Atmungsorganen von den Ärzten gern in Hochgebirgsgegenden geschickt werden, und daß dort ihr Leiden oft in überraschend kurzer Zeit behoben wird. Und jeder von uns hat wohl schon die Beobachtung gemacht, daß selbst ein hartnäckiger Schnupfen bei großer Kälte plötzlich wie weggeblasen ist.

Eine neue Salome.

Aus Indien wird berichtet, daß vor kurzem dort das Gericht die wunderschöne Tänzerin Hadime aus Java zum Tode verurteilt habe, und zwar aus einem Grunde, der in vielem an die biblische Salomegeschichte erinnert. innert.

Seit einem Jahre, heißt es, waren zahlreiche vornehme junge Männer Kalkuttas in Hadime verliebt. Sie pflegte nur in den Häusern der Adligen zu tanzen. Sie drückte durch ihre Tänze indische Poesie aus. Auch hatte sie keinen Geliebten. Umsonst versuchten oft reiche und vornehme Jünglinge, durch kostbare Geschenke ihr Herz zu gewinnen. Die Tänzerin aber wies sie alle ab. Man nannte sie den „marmornen Götzen". Vor kurzem nahm nun sich einer ihrer Verehrer aus Verzweiflung das Leben, nachdem er einen Brief an Hadime gerichtet hatte, in dem er sagte, es lohne überhaupt nicht, ohne sie zu leben. Dessenungeachtet tanzte Hadime am selben Abend. Es geschah aber, daß endlich auch sie selbst sich in einen adligen Inder verliebte. Aber umsonst bemühte sie sich, ihn zu überzeugen, daß gerade er ihr Auserkorener wäre. Der junge Hindu hatte für sie nur Verachtung und wollte nie mit ihr zusammenkommen. Eines Abends begehrte sie, machtlos über sich selbst, den Jüngling zu küssen. Der Inder stieß sie von sich. Darauf leistete Hadime einen Eid, sich zu rächen.

Einige Tage später erschien ein reicher Jüngling bei ihr und bat sie um ihre Hand. Hadime willigte ein, jedoch unter der Bedingung, daß er ihr als Geschenk den Kopf des jungen Mannes brächte, den sie jetzt haßte. Der Jüngling, blind in seiner Liebe, ließ durch gedungene Mörder den Mann töten, ihm das Haupt abschneiden und es der Hadime bringen. Am selben Abend legte sie das Haupt auf die Erde und fing an, weinend und zitternd im Kreise darum zu tanzen. Beim Tanzen redete sie das mit Blut befleckte Haupt an, sprach liebevolle und zarte, zuweilen aber auch Schimpfworte zu ihm. Dann drückte sie den Kopf an ihre Brust, schaute in die halboffenen Augen und fing an, von ihrer Liebe zu singen, bis sie bewußtlos zur Erde fiel.

Vor Gericht bereute sie gar nicht. Sie fand ihre Rache natürlich. Als die Richter ihr sagten, daß auch sie sich oft ihren Verehrern gegenüber unbarmherzig verhalten hätte, zuckte Hadime höhnisch die Achseln. Dr. A.

Das erste Abonnements-Konzert

findet am 10. Januar im „Schützenhaus" statt.

Musikdirektor **Rönecke.**

SCHÜTZENHAUS

Sonntag, den 8. Januar, von 8 Uhr abends an

Einführungs-Tanzkränzchen

Hierzu laden freundlichst ein **R. Janda und Frau**

Saal ist gut geheizt — **Für gute Musik ist gesorgt**

Sonntag, den 15. Januar: Großer Preisskat.

Kleinwangen

Voranzeige

Sonntag, den 15. Januar

MASKENBALL

Hausfabrikation

richten wir ein.
Dauernde und sichere Existenz
oder Nebenerwerb.
Auskunft kostenlos.

Chemische Fabrik Aylsdorf
Inh. R. Münkner, Zeitz-Aylsdorf.

Anzeigen für die nächste Nummer bitten wir **bis Freitag mittag** bei uns einzureichen.

Die Geschäftsstelle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280105-18/fragment/page=0004
DFG

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mk.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 21. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 15 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 2 — Donnerstag, den 5. Januar 1928 — 41. Jahrgang

Der Heliograph von Ensisheim.

Seit dem Weihnachtsabend wird die Welt von den französischen Nachrichtenagenturen mit Nachrichten über Elsaß-Lothringen überschwemmt, welche die Ruhe der Völker vulkanisch erschüttern müßten, wenn sie wahr wären. In der Tat sind einige ausländische Zeitungen schon so weit gegangen, daß sie von einer ernsten und in den Folgen unabsehbaren Zuspitzung des deutsch-französischen Verhältnisses phantasieren. Die französischen Nachrichtenstellen haben nämlich behauptet, daß die politische Polizei bei den am Weihnachtsabend vorgenommenen Haussuchungen in den Wohnungen der elsaß-lothringischen Heimatbündler einer breitverzweigten Verschwörung gegen die Sicherheit des Staatsbestandes Frankreichs auf die Spur gekommen sei. Man habe Beweise gefunden, daß die elsaß-lothringische Heimatbewegung vom Deutschen Reiche bezahlt und angestiftet worden sei, man habe einen Aufmarschplan für ein bewaffnetes Losschlagen der Jungheimatbündler beschlagnahmt, und zwar hätte der Aufruhr gemeinsam mit den Kommunisten angezettelt werden sollen. Und man habe schließlich in der Kirche oder im Pfarrhaus von Ensisheim die Bewaffnung für 300 Heimatbündler, Gewehre und Patronen und einen Heliographen entdeckt.

Die letzte Nachricht klang besonders gruselig, weil sich nur wenige Leser eine Vorstellung machen können, was für ein furchtbares Ding das sei, ein Heliograph. Durch die gesamte Weltpresse spukt dieser Heliograph von Ensisheim. Die ganzen Geschichten, mit denen man den Erdkreis in Aufregung zu setzen versucht hat, sind aber glatter Schwindel. Es gibt kein anderes Wort dafür, auch wenn amtliche französische Stellen die Urheber und Verbreiter sind. Richtig ist nur, daß ausgerechnet am heiligen Abend ein gewaltiges Aufgebot von Gendarmen und Geheimpolizisten aus Innerfrankreich in Elsaß-Lothringen eingerückt ist und gleichzeitig an neunzig Stellen — wenn diese französische Zahlenangabe richtig ist — Haussuchungen abgehalten hat. Man drang in protestantische und katholische Pfarrhäuser, in Schulgebäude und Kirchen, in Geschäftsräume und Bürgerwohnungen und beschlagnahmte alles, was man an Schriftstücken und Geld vorfand. Schriftstücke fand man ziemlich viel, weil man sich in Elsaß-Lothringen nach deutscher Sitte gegenseitig Weihnachtsgrüße zuzuschicken pflegt, Geld dagegen war nur wenig greifbar, weil solches in mittelständischen Haushalten und bei Arbeitern nach den Weihnachtseinkäufen ein rarer Artikel geworden ist. Man fand weder die erwarteten Millionen aus dem Deutschen Reiche noch irgendeinen Anhalt für die gar nicht bestehenden Verbindungen zwischen den Autonomisten und deutschen „Verbänden" oder Regierungsstellen.

Man fand auch keinen Aufmarschplan. Sondern das, was die französischen Nachrichtenzentralen zu einem solchen umfälschen möchten, ist ein gedrucktes, längst in den Zeitungen veröffentlichtes Statut des Saalschutzes der Heimatbündler. Nachdem diese vor einem Jahre, bei einem Kongreß in Kolmar, von organisierten Banden der französischen „Camelots du Roi", die man zu diesem Zweck in einem Extrazug nach Kolmar geführt hatte, auf den Straßen überfallen und blutig mißhandelt worden waren, ohne daß die Polizei sie hätte schützen können, haben sie durch öffentlichen Aufruf einen Selbstschutz gebildet, und seither sind ihre Versammlungen nicht mehr von gedungenen Leuten gestört worden.

Aber die Waffen! Der Heliograph! Mit den Waffen verhält es sich so: Im Katholischen Vereinshaus zu Ensisheim fand die französische politische Polizei dank ihrem ungeheuren Scharfsinn drei Theatergewehre, welche einer Kolmarer Kostümverleihanstalt gehören und vom St. Aloysius-Jünglingsverein bei einer Bühnenaufführung verwendet wurden. Mit etwas weniger Scharfsinn hätte die Polizei sich diese drei Gewehre jeden Sonntag bei den Nachmittagsvorstellungen ansehen können, ohne eine nächtliche Haussuchung abzuhalten. Da der Fund von drei Spielzeuglinten denn doch zu blamabel war, so wurden zwei Nullen angehängt und 300 richtige Gewehre daraus gemacht, aus dem Katholischen Vereinshaus wurde die Kirche, und die schwärzeste Verschwörung war aufs schönste vor die Augen der gläubigen Nachrichtenleser gezaubert.

Daß diese dreihundert Gewehre die Sicherheit Frankreichs bedrohten, stand aber ganz außer Zweifel, da gleichzeitig mit ihnen ein Heliograph entdeckt worden ist. Darunter werden die meisten, die sich bei dem Ausdruck etwas denken konnten, einen Lichtsignalapparat verstanden haben, und so ist der Zusammenhang klar. Die bösen Heimatbündler wollten mit diesem Heliographen zweifellos den preußischen Generalstab in Berlin davon benachrichtigen, wenn sie mit ihren dreihundert Gewehren Frankreich erobert gehabt hätten, was aber glücklicherweise durch die Wachsamkeit der französischen Polizei vereitelt worden ist. Nun bedeutet aber „héliographe" im Französischen nicht nur einen im heutigen Zeitalter der Funkentelegraphie recht veralteten Apparat für Spiegelsignale, sondern auch ganz einfach jeden Vervielfältigungsapparat für Schriftstücke, also z. B. eine Hektographenplatte. Und solch einen Vervielfältigungsapparat, mit dem der Katholische Jünglingsverein Ensisheim seine Einladungskarten herstellt, hat die französische Polizei, der eben nichts verborgen bleibt, wirklich „entdeckt" und wahrhaftig auch beschlagnahmt.

Und da man den ersten Nachrichtenbetrug trotz der Nachrichtenzensur und trotz der Postsperre, die wie in Kriegszeiten gegenwärtig über das friedliche Reichsland verhängt ist, nicht lange aufrechterhalten kann, so ist man jetzt, um der Welt eine neue Sensation zu bieten, zu Massenverhaftungen aller hervorragenden Heimatbündler geschritten. Nicht weil man etwas Belastendes gegen sie entdeckt hat, sondern im Gegenteil, gerade, weil man gar nichts gegen sie zu enthüllen vermag, werden die Männer, Geistliche beider Konfessionen, Lehrer, Handwerker, Arbeiter, Geschäftsleute, in die Gefängnisse eingesperrt, Männer, denen man nichts vorwerfen kann, als daß sie sich für den Schutz ihrer deutschen Muttersprache in Schule und Kirche und für die Erhaltung ihrer angestammten deutschen Art mit gesetzlich einwandfreien Mitteln öffentlich eingesetzt haben.

Die Franzosen haben behauptet, daß sie den Krieg gegen uns geführt hätten, um die „elsaß-lothringische Frage" zu lösen, und zwar, trotzdem die Elsaß-Lothringer wiederholt durch ihr Parlament erklärt hatten, daß es für sie keine elsaß-lothringische Frage mehr gab. Heute müssen die Franzosen selbst der Welt verkünden, daß es wieder eine elsaß-lothringische Frage gibt, eine gewaltige, alle Stände umfassende Volksbewegung, die sie nur mit Mitteln der brutalen Gewalt noch im Zaume zu halten hoffen. Das verkündet der Heliograph von Ensisheim allen Völkern, die Augen haben, zu sehen, und in diesem Sinne ist dieser legendäre Heliograph doch zur Wirklichkeit geworden und sendet Blitzsignale über den ganzen Erdball. W. S.

Deutschlands Befreiung — Europas Sicherung.

Zustimmung zu Hindenburgs Rede.

Zwei Dinge beherrschen zurzeit die öffentliche politische Aussprache in den Vereinigten Staaten — die Neujahrsansprache des deutschen Reichspräsidenten v. Hindenburg mit der Forderung auf baldige Beseitigung der Rheinlandbesetzung und die französischen Vorschläge zum Abschluß eines amerikanisch-französischen Friedenspaktes.

Zu der Rheinlandfrage nimmt die „New York World" Stellung, indem sie erklärt, die meisten Amerikaner stimmten mit Hindenburgs Forderung auf die Beseitigung der Rheinlandbesetzung überein. Es sei schwer zu erkennen, welche Gründe zugunsten einer Verlängerung der Besetzung vorgebracht werden könnten. Die Angaben der französischen Militaristen über angebliche deutsche Geheimrüstungen seien zusammengebrochen; sie hätten nur in der Einbildung dieser Kreise bestanden. Je schneller die französischen Armeen den Rhein verlassen, desto besser werde es für Europa sein.

Die französischen Staatsmänner würden gut daran tun, sich an die Fehler der amerikanischen Nordstaaten nach dem Bürgerkrieg zu erinnern. Der Süden sei bereit gewesen, die Bitterkeit des Krieges zu vergessen, dagegen nicht die Demütigung durch eine lange Besetzung. Frankreich begehe vielleicht jetzt einen ähnlichen Fehler.

*

Kein zweiseitiger Antikriegspakt.

Die Vereinigten Staaten nur für gemeinsames Vorgehen.

Aus Washington wird gemeldet, daß der geplante Antikriegspakt zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten nicht zustande kommen wird. Man erfährt von zuständiger Stelle, die amerikanische Regierung habe Frankreich davon Mitteilung gemacht, wohl bereit zu sein, [illegible] samen Antikriegs- [illegible] ht in der Lage ist, [illegible] und einen zwei- [illegible] ß es sich nicht, wie [illegible] e, um ein amerika- [illegible] ages handele, das [illegible] könne. Das An- [illegible] kommen und das [illegible] rem Zögern seinen [illegible] es einen Entwurf [illegible] ereinigten Staaten [illegible] das nicht genüge. [illegible] Senat ebenso recht, [illegible] rde, denn die Ver- [illegible] ch solche Verträge, [illegible] Bindungen auf, [illegible] als jetzt vorauszu- [illegible] reundschaftsvertrag [illegible] Die amerikanische [illegible] Erklärung gemein- [illegible] Staaten, England, [illegible] und Japan ab-

[illegible] Flugzeugen.

[illegible] nis.

[illegible] ner gewissen Auf- [illegible] in der „London [illegible] en, die auf Unter- [illegible] et sind, Dienst tun,

eine besondere Zulage gezahlt werden soll, ist das bisher sorgfältig gehütete Geheimnis der Admiralität preisgegeben worden, daß englische Unterseeboote mit Wasserflugzeugen ausgestattet worden sind. Diese Ankündigung hat in der englischen Öffentlichkeit lebhafte Beachtung gefunden und zu ausgedehnter Erörterung Anlaß gegeben. Die Admiralität hat es jedoch abgelehnt, irgendwelche Erklärungen hierüber abzugeben oder Einzelheiten zu veröffentlichen.

Oesterreichisch-ungarischer Zwischenfall.

Ungarn führt Maschinengewehre ein.

Am Neujahrstage ereignete sich an der Grenzstation Szent-Gotthard, der auf ungarischem Gebiet gelegenen Zollstation an der steierisch-ungarischen Grenze, ein Zwischenfall, der großes Aufsehen hervorgerufen hat.

Mit einem Güterzuge aus Verona waren fünf Waggons eingetroffen, deren Ladung als „Maschinenbestandteile" deklariert war. Die Waggons enthielten aber, wie es sich herausstellte, zerlegte Maschinengewehre. Die österreichischen Zollbehörden verlangten nun, daß die Waggons nicht weitergeschoben würden. Trotzdem schoben die ungarischen Bahnbehörden unter militärischer Bewachung die fünf Waggons mit den Maschinengewehren weiter und traten den österreichischen Zollbeamten, die sie daran hindern wollten, mit Waffengewalt entgegen. Die österreichische Zollbehörde hat nach dem Vorfall Szent-Gotthard verlassen, so daß die Züge seitdem nicht mehr abgefertigt wurden.

Eine Schlacht in Nikaragua.

Mit Truppen der Vereinigten Staaten.

Die ewigen Umtriebe in der mittelamerikanischen Republik Nikaragua, bei denen die benachbarten Vereinigten Staaten sich einmischen zu müssen geglaubt, haben abermals zu einem blutigen Zusammenstoß geführt.

Der Parteigänger des liberalen Präsidentschaftskandidaten Sacaza, der General Sandino, der das mit dem konservativen, von den Amerikanern unterstützten Präsidenten Diaz getroffene Abkommen vom Sommer 1927 nicht anerkannt hat und seitdem gegen die Regierung und das amerikanische Landungskorps einen Guerillakrieg führt, wurde von den Amerikanern angegriffen. Bei ihrem Vormarsch gerieten die Amerikaner in einen Hinterhalt und mußten sich zurückziehen. Als jedoch die Streitkräfte Sandinos im Laufe der Verfolgung in freies Gelände gelangten, machte sich die Überlegenheit der Amerikaner langsam bemerkbar, obwohl Sandino über Flugzeuge, Artillerie und Maschinengewehre verfügte. Besonders Fliegerangriffe der Amerikaner erschütterten die Truppen Sandinos. Am Sonntag gelang es den Amerikanern, die Sandino-Truppen zurückzuwerfen und den Angriff auf das Standquartier Sandinos, das befestigte Quilali, erfolgreich durchzuführen.

In dem amerikanischen Bericht werden die eigenen Verluste überraschenderweise nur auf fünf Tote und 23 Verwundete beziffert. Sandinos Verluste sind unbekannt, da Tote und Verwundete beim Rückzug mitgenommen wurden. Schon aus dieser Tatsache geht hervor, daß der amerikanische Erfolg nicht allzu groß sein kann. Während des Kampfes wurde ein zusammengestelltes Bataillon von amerikanischen Marinesoldaten und nikaraguanischer Nationalgarde von den Rebellen gefangengenommen. Die Regierung von Nikaragua glaubt, daß ausländische Offiziere die Rebellen ausbilden. In den nächsten Tagen werden 150 Marinesoldaten zur Verstärkung der amerikanischen Streitkräfte in Nikaragua entsandt werden.

Komödie um Maschinengewehre.

Wem gehört die Waffensendung?

Der Zwischenfall an der österreichisch-ungarischen Grenze, wo fünf aus Italien kommende Waggons mit falsch deklarierten Maschinengewehren gewaltsam von ungarischen Zollbeamten von österreichischem auf ungarisches Gebiet geschoben wurden, wächst sich zu einer politischen Komödie aus. Die österreichische Regierung gibt jetzt eine längere Darstellung des Falles, der zu entnehmen ist, daß in den Frachtbriefen als Aufgabestation Verona, als Bestimmungsort Slovensko Novemesto in der Tschechoslowakei angegeben war. Nach Ankunft des Zuges seien Stichproben unternommen worden, bei denen festgestellt wurde, daß die Maschinengewehrteile falsch deklariert waren. Da der nach den österreichischen Vorschriften für Durchfuhr von Kriegsmaterial erforderliche Waffenbegleitschein fehlte, wurde der Bundesbahnvertreter von den österreichischen Zollbeamten ersucht, den Rücktransport der Waggons auf österreichisches Gebiet zu veranlassen. Ein in dieser Richtung unternommener Schritt des österreichischen Bundesbahnvertreters beim ungarischen Bahnhofsvorstand blieb ergebnislos. Die ungarischen Behörde vertraten hierbei den Standpunkt, daß den österreichischen Zollorganen ein Recht auf Zurückhaltung der Ware nicht mehr zustehe, da sie sich bereits auf ungarischem Boden befinde.

Obgleich auch die ungarischen Behörden beteuern, mit der ganzen Angelegenheit nichts zu tun zu haben, ist man in der Tschechoslowakei auf Ungarn schlecht zu sprechen, da man dort annimmt, daß die Waffensendung für Ungarn bestimmt und die Adresse in der Tschecho-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280105-18/fragment/page=0005